

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003764/2025

an die Kommission

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Anthony Smith (The Left), Martin Schirdewan (The Left), Estrella Galán (The Left), Ana Miranda Paz (Verts/ALE), Nacho Sánchez Amor (S&D)

Betrifft: Schwere Menschenrechtsverletzungen und Rückschritte bei der Demokratie in Ecuador: mögliche Auswirkungen auf das Abkommen zwischen der EU und Ecuador

Seit 2017 erlebt Ecuador eine allmähliche Verschlechterung der Lage in Bezug auf die Demokratie, was durch eine erhebliche Zunahme der Ungleichheit, eine steigende Armutsquote und immer mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse, mangelhafte öffentliche Dienstleistungen sowie eine zunehmend besorgniserregende Präsenz und Rolle der organisierten Kriminalität gekennzeichnet ist.

Die von Daniel Noboa geführte Regierung hat ein autoritäres Klima geschaffen, das durch Militarisierung sowie die Kriminalisierung und systematische Verfolgung politischer Gegner unter dem Vorwand einer Sicherheitskrise geprägt ist, zu deren Bewältigung sie nicht in der Lage ist.

Es gibt viele Meldungen, in denen Einschränkungen der Grundfreiheiten im Zusammenhang mit dem Notstand sowie schwere Menschenrechtsverletzungen angeprangert werden.

Es ist auch eine zunehmende Schwächung der Gewaltenteilung zu beobachten, da die Exekutive ohne angemessene Begründung in beschleunigtem Verfahren sogenannte „Wirtschaftsnotstandsgesetze“ verabschiedet und systematische Angriffe gegen das Verfassungsgericht und die Zivilgesellschaft ausführt.

1. Wie bewertet die Kommission die derzeitige Lage in Ecuador?
2. Hat die Kommission die Regierung Ecuadors ermahnt und sie an ihre Verpflichtung erinnert, ihre Zusagen in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gemäß Artikel 2 des Abkommens zwischen der EU und Ecuador einzuhalten?
3. Zieht die Kommission im Falle einer Verschlechterung der Lage die Möglichkeit in Betracht, als Druckmittel das Abkommen vorübergehend auszusetzen?

Eingang: 26.9.2025